



VKU – Landesgruppe Berlin-Brandenburg –  
Invalidenstraße 91 – 10115 Berlin

## Land Berlin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt  
Herrn Philipp Kellner  
10707 Berlin

21.03.2014

Wi

## Stellungnahme der VKU-Landesgruppe Berlin Brandenburg zum Referentenentwurf für ein Berliner Energiewendegesetz (BEWG)

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Kellner,

zunächst bedanken wir uns sehr herzlich für die Möglichkeit, zum o.g. Referentenentwurf Stellung nehmen zu können und für die Verlängerung der Frist bis zum 21. März 2014.

Der VKU vertritt in Berlin-Brandenburg die Interessen von über 60 kommunalen Unternehmen in den Bereichen der Energie- und Trinkwasserversorgung, der Abfall- und Abwasserentsorgung sowie im Bereich Breitbandtelekommunikation. Die VKU-Mitgliedsunternehmen in Berlin-Brandenburg erwirtschaften jährlich einen Umsatz von 4,3 Milliarden Euro und sind ein verantwortungsbewusster Arbeitgeber für über 15.000 Beschäftigte.

Im Ergebnis eines intensiven Dialogs mit unseren Mitgliedsunternehmen möchten wir folgende Hinweise geben:

### Grundsätzliches

Die VKU Landesgruppe Berlin-Brandenburg begrüßt die Gesetzesinitiative sowie die Aktivitäten des Berliner Senats zur Umsetzung der Klimaschutzziele, wonach die Reduktion der energiebedingten Kohlendioxidemission um mindestens 40 Prozent bis zum Jahr 2020 bzw. um mindestens 85 Prozent bis zum Jahr 2050 erreicht werden soll.

Auch verweisen wir in diesem Zusammenhang auf die **vielfältigen Aktivitäten und konkreten Maßnahmen unsere Berliner Mitgliedsunternehmen**. Diese agieren im Fall der Berliner Stadtreinigung (BSR) beispielsweise seit März 2007 als Kooperationspartner des Landes Berlin zur Reduzierung von CO<sub>2</sub> Emissionen oder im Fall der

**Verband kommunaler  
Unternehmen e.V.**

**Landesgruppe  
Berlin-Brandenburg**

**Regionalstelle Berlin-  
Brandenburg**  
Invalidenstraße 91  
10115 Berlin

Fon +49 30 58580-471  
Fax +49 30 58580-470

wittig@vku.de

**Hauptgeschäftsstelle**

Invalidenstraße 91  
10115 Berlin

Fon +49 30 58580-0  
Fax +49 30 58580-100

www.vku.de  
info@vku.de

GASAG Berliner Gaswerke AG als langjähriger Klimaschutzpartner des Landes Berlin. Ebenso agieren die Berliner Wasserbetriebe (BWB) als verlässliches und nachhaltig agierendes Unternehmen, welches laufend sowohl im Investitionsprozess, im Anlagenbetrieb, als auch in der Instandhaltung die Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung beim Einsatz von Energie und den Betrieb der Anlagen prüft. Als ein Ergebnis dieser Prüfung ist beispielsweise der Austausch von bestehenden BHKW-Modulen im Klärwerk Münchehofe zu nennen.

Die angestrebte **Einbeziehung weitere Unternehmen** durch das BEWG wird ferner begrüßt und unterstützt. Nur so kann das Land Berlin seinen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Reduktion von CO<sub>2</sub> Emissionen leisten.

Zudem unterstützt unserer Meinung nach die **Einbeziehung der breiten Öffentlichkeit** bei der Erarbeitung des BEWG das Problembewusstsein sowie die Motivation zum gemeinsamen Handeln.

Darüber hinaus haben sich im Ergebnis der Diskussion mit unseren Mitgliedsunternehmen zu einzelnen Punkten **besondere Hinweise** herauskristallisiert:

- **§ 4 Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept und § 5 Monitoring**  
Das IEKK ist das zentrale Instrument zur Entwicklung der zukünftigen Berliner Klimaschutzpolitik. In Anbetracht der weiter zu erwartenden Dynamik im Bereich des ordnungspolitischen Umfeldes sowie der rasanten technologischen Entwicklungen sollte über kürzere Fristen zur Überarbeitung des IEKK und zur Erstellung der Monitoring-Berichte nachgedacht werden. Es sollte zudem sichergestellt werden, dass für die Jahre 2020, 2030 und 2050 aktuelle Monitoring-Berichte vorliegen. Auf diese Weise werden die wichtigen klimaschutzpolitischen Meilensteine des Energiekonzeptes der Bundesregierung mit den Monitoring-Berichten des Landes Berlin „synchronisiert“.
- **§ 9 Klimaschutz in den Bezirken**  
Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand (Abschnitt 3) ist ein wichtiger Abschnitt im Berliner Energiewendegesetz. Hier wird auch auf die Bedeutung von Klimaschutzaktivitäten der Bezirke hingewiesen. Hier wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, wenn einheitliche Standards für die Erstellung der Energie- und Kohlendioxidbilanzen sowie des Monitorings der Klimaschutzaktivitäten existieren.

- **§ 10 Klimaschutzvereinbarungen**

Es wird begrüßt, dass das Instrument der Klimaschutzvereinbarungen auch auf andere Unternehmen ausgeweitet werden soll. Mit den bestehenden Klimaschutzvereinbarungen sind bereits signifikante CO<sub>2</sub>-Reduktionen erzielt worden. Um den Kreis der Unternehmen zu erweitern, ist es sinnvoll entsprechende Anreize für neue Unternehmen zu setzen. Wir regen daher an, den beteiligten Unternehmen mit Unterstützung der Senatsverwaltung die Möglichkeit zu geben, auch die Erfolge ihrer Aktivitäten entsprechend „vermarkten“ zu können. Interessant wäre daher die Schaffung eines gemeinsamen Netzwerkes der Klimaschutzpartner, in dem die erreichten Zwischenziele und Ergebnisse mit Unterstützung der Senatsverwaltung kommuniziert werden könnten.

- **Abstimmung der Klimastrategien der Länder Berlin und Brandenburg**

Sinnvoll erscheint es mit Blick auf die enge Verflechtung zwischen Berlin und Brandenburg auch eine stärkere Verknüpfung der klimaschutzpolitischen Aktivitäten der Länder Berlin und Brandenburg zu erreichen. Brandenburg als Energie-Exportland und wichtiger Produzent Erneuerbarer Energien und Berlin als Energie-Importland mit einer gut ausgebauten Leitungsinfrastruktur und hohem Energiebedarf sollten alle Möglichkeiten nutzen, um die Versorgungsanteile von Erneuerbaren Energien im Rahmen der jeweiligen Klimaschutzstrategie zu erhöhen. Basis dafür ist u.a. die gut ausgebaute Erdgasinfrastruktur. Dafür spricht auch, dass das Energiekonzept 2020 und die Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“ ausdrückliche CO<sub>2</sub>-Potenziale durch den Import von Erneuerbaren Energie ausweisen. Dies gilt nicht nur für die Verbesserung des Generalfaktors Strom, sondern eben auch für den Generalfaktor Erdgas durch Beimischung von Bio-Erdgas.

- **Stärkere Berücksichtigung des Verkehrssektors**

Der Verkehrssektor ist ein wichtiger „Energieverbraucher“ und CO<sub>2</sub>-Verursacher in Berlin, der ebenfalls große Einsparpotenziale aufweist. Er sollte deshalb bei den Überlegungen zu Energieeinsparung und CO<sub>2</sub>-Reduktion neben dem Wärme- und Strombereich ausdrückliche Erwähnung finden. Dies könnte beispielsweise durch Ergänzung des §3 (Klimaschutzziele) erfolgen, indem hier auf die für die CO<sub>2</sub>-Reduktion maßgeblichen Sektoren Wärme, Strom und Verkehr hingewiesen wird. Auch im Abschnitt 6 (Energie) könnten entsprechende Ergänzungen erfolgen. Erwähnung finden könnte das Thema Verkehr schließlich auch noch im Masterplan CO<sub>2</sub>-neutrale Verwaltung (§7, Absatz 1), indem der zu reduzierende Energieverbrauch der Landesverwaltung sich auf den Energieeinsatz für Strom, Wärme und Kraftstoffe bezieht.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anmerkungen und Hinweise bei der weiteren Bearbeitung des Gesetzesentwurfs Berücksichtigung finden und stehen Ihnen für Fragen und Gespräche sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jarno Wittig', with a horizontal line extending to the right.

**Jarno Wittig**  
Geschäftsführer  
VKU Landesgruppe Berlin-Brandenburg